

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1917**

237 (10.10.1917)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Postkassier monatl. 60 P., 1/2jähr. 2,70 M., zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 8 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,06 M. bezw. 3,06 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für große Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

### Ein fauler Kompromiß.

Karlsruhe, 10. Oktober.

Schneller als nach den stürmischen Szenen in der Samstags-Tagung des Reichstages und den sich daran anschließenden Vorgängen im Hauptauschuß angenommen werden konnte, wurde die Krise — die dritte in der kurzen Zeit der Michaelischen Kanzlerschaft — beigelegt. Die vom Reichskanzler am Montag im Hauptauschuß abgegebenen Erklärungen waren nichts weniger als zufriedenstellend. Wenn der bürgerliche Teil der Mehrheit sich trotzdem damit unter gewissen Vorbehalten einverstanden gab, so darf man daraus keineswegs den Schluß ziehen, als ob die Krise eine endgültige Lösung gefunden habe. Die Ursachen derselben liegen tiefer, als es nach oberflächlicher Beurteilung der sie begleitenden Umstände den Anschein erwecken könnte. Es handelt sich um mehr als ein ungeklärtes Auftreten der Regierungsbektrere. Solange die Regierung keinen festen, zielklaren Willen in der von ihr als richtig anerkannten Politik beharrt, und solange immer wieder berechtigte Zweifel darüber aufkommen können, ob die Reichsleitung entschlossen ist, aus den von ihr abgegebenen Erklärungen auch die Konsequenzen gegenüber den Gegnern ihrer Politik zu ziehen, wird der Zustand der Unsicherheit nicht aufhören. Gerade darin wurzelt das Uebel, an dem die Regierung Michaelis krankt, daß niemand genau weiß, wohin ihr Kurs eigentlich gerichtet ist. Ein solcher Zustand, der gleichermaßen bedenklich ist für die innere wie für die äußere Politik des Reiches, ist auf die Dauer unerträglich. Wir müssen endlich aus der unklaren, verworrenen Situation herauskommen. Die Regierung muß wissen, was sie will und wofür sie steuert, sie muß ihre Politik darauf einstellen, daß sie bei der Mehrheit eine feste Verankerung findet. Aber gerade daran fehlt es bei Herrn Michaelis. Er will es mit keiner Partei verderben und kommt dadurch in immer verwidertere Situationen. Obwohl sich Dr. Michaelis wiederholt für den Verständigungsfrieden erklärt hat, fand er weder den Mut noch den klaren Willen, den dagegen gerichteten Treibereien der Alldeutschen entsprechend entgegenzutreten. Dadurch verlieren seine Erklärungen den Wert und die Bedeutung, die ihnen andernfalls beigelegt werden müßten. Wenn Dinge vorkommen können, wie sie am Samstag im Reichstage zur Sprache gekommen sind, dann ist es nur erklärlich, daß den Versicherungen des Reichskanzlers kein unbedingtes Vertrauen entgegengebracht werden kann. Niemand verlangt, daß den Alldeutschen und der Vaterlandspartei die Propaganda unterbunden wird. Was man aber mit Recht fordern kann, das ist, daß der Anschein vermieden wird, als ob die Reichsleitung direkt oder indirekt ein Interesse an einer erfolgreichen Agitation der Elemente habe, die gegen ihre im Reichstage vertretene Politik frontieren. Tatsächlich aber wurde dieser Anschein erweckt. Man wird den Eindruck nicht los, als ob es der Reichsleitung gar nicht so unangenehm wäre, wenn die Alldeutschen und die Vaterlandspartei einen größeren Einfluß auf die Stimmung des deutschen Volkes gewinnen würden, als sie ihn zurzeit haben und als ob überhaupt die Stellung der Regierung gegenüber den Mehrheitsparteien des Reichstages und die daraus hervorgegangenen Erklärungen des verantwortlichen Leiters der Reichspolitik mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe folgend, abgegeben worden wären. Mit einem Worte, man hat kein rechtes Vertrauen in diese Erklärungen. Dieses Mißtrauen ist um so berechtigter, als die Abwehr gegen die organisierte Korruption, wie sie von den Annerionisten ins Leben gerufen wurde, auf die härtesten Widerstände stößt, während gleichzeitig diese korrupte Propaganda vielfach behördliche Unterstützung findet.

Dieses Mißtrauen ist auch durch die am Dienstag abgegebenen Erklärungen nicht beseitigt worden. Der Reichskanzler konnte sich noch immer nicht dazu entschließen, den alldeutschen Treibereien gegenüber eine klare unabweisende Abtoge zu erteilen. Wohl hat er Untersuchungen über den Mißbrauch der Amtsgewalt bei der alldeutschen Propaganda in Aussicht gestellt. Indessen wird nach allen bisherigen Erfahrungen dabei wenig herauskommen. Möglich, daß die schärfsten Auswüchse beseitigt werden, allein damit ist für die Sache, um die es sich handelt, nicht viel gewonnen.

So lange der Reichskanzler keinen festen Boden unter den Füßen hat — und den wird dieser Kanzler nie gewinnen —, so lange werden wir aus der Politik der Zweideutigkeiten nicht herauskommen, so lange wird die Krise fortwähren und über kurz oder lang wieder Konflikte hervorrufen. Wir brauchen einen Reichskanzler, der sich völlig klar ist über den Weg, den er in der inneren und äußeren Politik einzuschlagen hat, einen Kanzler, der vor einem Konflikt mit den alldeutschen Hintertreppenspolitikern nicht zurückschreckt, wenn anders eine Lösung der schleichenden Krise nicht gefunden werden kann. Kurz und gut einen Reichskanzler, der den Mut, den Willen und das Zeug zu einem politischen Führer hat.

Diese Eigenschaften fehlen aber dem gegenwärtigen Reichskanzler ganz und gar.

Die Versuche der Alldeutschen, mittelst der ihnen zur Verfügung stehenden Millionen und mit Unterstützung einflußreicher Beamten im Heere und bei den Beamten Anhängern für ihre Annerionspolitik zu gewinnen, sind noch lange nicht das schlimmste. So verwerflich diese politische Propaganda im Heere an sich ist, auf irgend welchen größeren Erfolg kann sie nicht rechnen. Unsere Feldgrauen sind in ihrer erdrückenden Mehrheit für den Frieden der Verständigung, darüber kann sich nur jemand täuschen, dem die Stimmung draußen an der Front völlig fremd ist. Selbst unter den Offizieren sind die Anhänger des Verständigungsfriedens viel zahlreicher als gemeinhin angenommen wird. Auch in den Kreisen der Beamten wird die alldeutsche Wühlerei nicht allzu viel Schaden anrichten. Es ist hier nicht anders wie draußen an der Front. Die Leute hören die alldeutschen Schwäherien ruhig an, was sie aber darüber denken, bleibt ihr Geheimnis.

Schlimm, sehr schlimm dagegen sind die zersetzenden Wirkungen, die sich aus diesem unsicheren Zustande für die Gesamtstimmung des Volkes ergeben und die nicht ohne Einfluß auf die Stimmung im feindlichen Auslande bleiben.

Deswegen ist es mit der Verfleisterung des Risses, wie sie der Reichstag vorzunehmen wieder im Begriffe steht, nicht getan. Man täusche sich darüber nicht, daß die Dinge, die am Samstag im Reichstage zur Sprache kamen, im feindlichen wie im neutralen Auslande den ungünstigsten Eindruck machen werden. Die gegen Deutschland gerichtete Stimmung wird eine Verschärfung erfahren, deren Wirkungen vorerst

gar nicht abzusehen sind. Wenn wir in Deutschland selbst unter dem Eindruck stehen, daß gegenüber den reaktionären, militaristischen und alldeutschen Treibereien, die man heuchlerisch als „vaterländisch“ deklariert, die Regierung sich als völlig machtlos erweist, wenn wir selbst nicht wissen, ob es der Regierung wirklich ernst mit dem Frieden der Verständigung ist, oder ob sie es nicht lieber sehen würde, wenn die Gegner derselben oben auf kämen, mit welchem Rechte wollen wir uns dann noch darüber entrüsten, wenn im Auslande die Versicherungen einer so autoritätslosen Regierung nur auf Mißtrauen stoßen? Das ist ein unerträglich Zustand, der unmöglich noch lange weiterbestehen kann. Er bedroht nicht nur fortgesetzt innere Konflikte herauf, sondern birgt auch die Gefahr höchst bedenklicher Konflikte in der äußeren Politik in sich. Nicht nur die Regierung, auch die Mehrheit des Reichstages muß endlich wissen, was sie will, wenn wir nicht Zuständen entgegenstreben wollen, die schlimmer sind als eine Regierungskrise. Wir Franken an einem überlebten Regierungssystem. Es ist, wie der „Vorwärts“ durchaus zutreffend bemerkt, nicht nur der Mann, der versagt, es ist vor allem das System, mit welchem in Deutschland noch immer regiert wird. Je länger an diesem System festgehalten wird, desto schärfer werden sich die Krisen ausbilden und desto geringer ist die Aussicht, bald zu einem Frieden der Verständigung zu kommen.

Mit faulen Kompromissen kommen wir weder in der inneren noch in der äußeren Politik ans Ziel der Wünsche, von welchen die große Mehrheit des deutschen Volkes besetzt ist.

## Die neue Flandernschlacht.

### Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 9. Okt. (Mittl. Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

##### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des stürmischen regnerischen Wetters stark zwischen dem Gouthouster Wald und Zandvoorde. Abends sah der Feind seine Wirkung zu heftigen Feuerstößen gegen einzelne Abteilungen zusammen.

Nach unruhiger Nacht steigerte sich auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit zum Trommelfeuer. Weiderseits der Bahn Staden—Boesinghe und nördlich der Straße Meun—Yern brach englische Infanterie zum Angriff vor; der Kampf ist im Gange.

Bei den übrigen Armeen kam es — abgesehen von tagsüber andauerndem Feuer nordöstlich von Soissons — nicht zu größeren Gefechts-handlungen.

Auf dem

#### Ostlichen Kriegsschauplatz

nichts von Bedeutung.

##### Mazedonische Front

Lebhafte Feuer-tätigkeit südwestlich des Doiranjees, im Bardar-Tal, am Dobrobole und im Cerna-Bogen.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Deutscher Abendbericht.

Berlin, 9. Okt., abends. (Mittl. Amtlich.) In Flandern entwickelte sich aus den Frühkämpfen eine neue Schlacht, die zwischen Drybank (nordöstlich von Bizjooode) und Ghelevelt (18 Kilometer) noch andauert. Trotz mehrmaligen Ansturms beschränkte sich der Gewinn des Feindes nach den bisherigen Meldungen auf einen schmalen Streifen zwischen Drybank und Poelspelle. Im übrigen wurden die Angriffe abgesehlagene.

Somit nichts von Bedeutung.

#### Generalausstand in der Petroleumindustrie.

Daku, 9. Okt. (Petersb. Telegr.-Ag.) Die Konferenz der Arbeiterausschüsse aller Petroleumbohrschächte hat für

den 10. Oktober den Generalausstand beschlossen, weil die Industriellen sich weigerten, Arbeiter und Angehörte nur mit Zustimmung der Arbeiterorganisation zu entlassen. Die Arbeiter haben zugleich einen Ausständigenausschuß gebildet.

## Die Revolution in Rußland.

### Das neue Ministerium.

Petersburg, 9. Okt. (Petersb. Telegr.-Ag.) Amtliche Liste des von Kerenski auf der Grundlage des Uebereinkommens mit den demokratischen und bürgerlichen Parteien neu gebildeten Ministeriums: Sozialistische Mitglieder sind: Kerenski, Ministerpräsident und Oberbefehlshaber, Nikitin: Inneres, Post und Telegraph, Maliantrowitsch: Justiz, Prokopowitsch: Nahrungsmittelversorgung, Gwozdow: öffentliche Arbeiten; nicht sozialistische Mitglieder Terestichenkow: Auswärtige Angelegenheiten, Konowaloff: Handel und Industrie, Bernaksky: Finanzen, Samakkin: öffentlicher Unterricht, Kartaschew: Kultur, Litjakin: öffentliche Unterstützung, Smirnow: Staatskontrolleur, Retiakoff: Präsident des Wirtschaftsrates bei der vorläufigen Regierung, Ljwerowsky: Verkehrsminister, General Berichow: Krieg, und Admiral Werderowsky: Marine.

### Das russische Vorparlament.

M. B. Petersburg, 9. Okt. (Nicht amtlich.) Petersb. Telegr.-Ag. Es wird gemeldet, daß das Vorparlament auf den Antrag Terestik als einstweiliger Rat der Republik Rußland bezeichnet wird. Er wird das Recht haben, Fragen an die Regierung zu richten, aber keine Interpellationen, sowie das Recht der Initiative in Fragen, die den Staat betreffen, und der Verhandlungen über Maßregeln und Entwürfe, die ihm von der Regierung vorgelegt werden.

Der Hauptauschuß der Kadetten setzte einen fünfgliedrigen Unterausschuß ein, der im Einvernehmen mit den entsprechenden Ausschüssen der Industriellen Moskaus und Petersburgs eine Vertreterliste der bürgerlichen Parteien für das Vorparlament aufstellen soll, deren Anzahl auf 120 festgesetzt wurde.

### Die Zusammensetzung des finnischen Landtags.

M. B. Helsinki, 9. Okt. (Nicht amtlich.) Petersb. Telegr.-Ag. Nach dem vollzogenen Wahlergebnis wird sich der neue Landtag aus 97 Sozialisten, 65 Mitgliedern des bürgerlichen Blocks, 23 Mitgliedern der Agrarpartei und 18 der schwedischen Partei zusammensetzen. Die Sozialisten erhielten insgesamt 326 922 Stimmen, die Bürgerlichen 213 502 Stimmen.

Wir bitten, deutlich zu schreiben.  
 Haupt- Wohnung:  
 zur Veranstaltung von Besprechungen, Besuchen, etc.

### Wachsende Kapitalmacht.

Daß der Krieg die einschneidendsten Änderungen in unserem Wirtschaftsleben herbeiführt, ist den Menschen noch durch gewaltige Wellen von Kriegsstimmungen und Kriegshoffnungen verhüllt. Und doch gibt es mannigfache Anzeichen für die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges, wenn wir auch überzeugt sind, daß sich die deutlichen Erscheinungen uns erst in den Jahren nach dem Kriege aufdrängen werden.

Daß Kleinbetrieb in Industrie und Handel unter dem Kriege schwer gelitten haben, lehrt eigentlich schon der äußere Ansehen: die zahllosen Läden und Werkstätten, die geschlossen sind, weil die Unternehmer im Kriege wirken oder sich als Meister oder Arbeiter in der Kriegswirtschaft betätigen. Das in den Geschäften und Werkstätten früher angelegte Kapital ist im Kriege verbraucht worden. Die Wiedereröffnung der Betriebe wird sich nur selten empfehlen.

Wir beobachten im Kriege auch eine ungeheure Konzentration im Bankwesen und in allen Industrien. Discontogesellschaft, Deutsche Bank, Dresdener Bank sind während des Krieges ganz gewaltig gewachsen, sie haben große Banken, so umfaßt erst die Dresdener Bank, ein Bankunternehmen mit 95 Millionen Mark Aktienkapital, abgesehen von ihren sonstigen Vermögensbeständen und gleichzeitig weitere Bankunternehmungen verschluckt. Wir wissen, daß die Riesengewinne der Kriegswirtschaft in allen möglichen, zumeist verheißenen Formen zur Steigerung der Kapitalmacht ausgenützt wurden und daß auch hier sehr zahlreiche Konzentrationen gewaltige Erweiterungen und mannigfache Fusionen durchgeführt und noch mehr angebahnt wurden.

Während der Kleindetrieb infolge des Krieges in Hunderttausenden Fällen nicht aufrecht erhalten werden kann, wächst die Macht der Großindustrie in den Jahren des Krieges wie früher in Jahrzehnten. Die kapitalistische Konzentration wird nicht bloß beflügelt durch die gewaltigen Kriegsgewinne, sondern auch durch die technische und organisatorische Entwicklung der Betriebe, durch die in ungeahnter Weise gesteigerte Produktivität durch eine direkt revolutionäre Verdrängung gelehrter Arbeiter durch ungelehrte, der Männerarbeit durch Frauenarbeit. Daneben läuft die höchste Steigerung der Leistung beim einzelnen Arbeiter und bei der einzelnen Arbeiterin. Von diesen Vorteilen wird nichts durch Kriegsgewinnsteuern erfasst. Selbst die völlige Wegnahme der Kriegsgewinne ließe noch immer der Kriegswirtschaft gewaltige, wenn auch in Geld nicht ausdrückbare und erst in der Zukunft in Erscheinung tretende Vorteile. Diese Vorteile sind aber auch Nachteile für die Arbeiter: das Unternehmertum ist an Kapitalkraft, an Unabhängigkeit von den gelehrten Arbeitern und nicht zuletzt durch die Ausschöpfung des Wettbewerbs und damit durch die bedeutende Verflechtung seiner Interessen den Arbeitern gegenüber an Macht im Übermaße gewachsen. Wenn dieses Machtgefühl in der Kriegszeit nur in gedämpfter Weise und nicht für jeden sichtbar in Erscheinung tritt, so soll das nicht täuschen über die Schwierigkeiten, die den Arbeitern und ihren Organisationen nach dem Kriege erwachsen werden.

Hatten wir schon vor dem Kriege im Bergbau und in der Metallindustrie bedeutsame Kartellierungstendenzen zu beobachten, so blieben andererseits hochentwickelte Industrien, wie die Textil-, die Schuh-, die Porzellanindustrie von der Syndikatsbewegung vollständig frei. Der Krieg hat zahlreiche Zwangssyndikierungen herbeigeführt, die die früher feindlichsten Konkurrenzunternehmen zum gemeinsamen Wirken und zur Ausschaltung der technisch und organisatorisch leistungsschwachen Betriebe geführt hat. Aus früheren Gegnern der Syndikate wurden nun begeisterte Vertreter. Die lange Dauer des Krieges läßt das, was nur als Kriegsmaßregel gedacht war, zu dauernder Bedeutung werden. Wir müssen damit rechnen, daß nach dem Kriege in einer ganzen Reihe von Industrien eine einheitliche Produktionspolitik, nicht zuletzt gegen die Arbeiter, unter Ausschaltung der kleinen und mittleren Betriebe bei Alleinherrschaft der größten Betriebe in Erscheinung treten wird. Das wird, selbst wenn wir keine Staatsmonopole bekommen sollten, eine so von Grund aus wirkende Verstärkung des Unternehmertums herbeiführen, daß die Arbeiter allen Anlaß haben, sich gegen diese Entwicklung kraftvoll vorzubereiten durch Stärkung ihrer Organisationen, durch Sammlung genügender finanzieller Kraft und durch Erkennung der großen Aufgaben, die jedem einzelnen Arbeiter, deren Organisationen und der gesamten Arbeiterbewegung, der politischen wie der gewerkschaftlichen, nach dem Kriege beschieden sein werden.

Umso mehr wird dies notwendig sein, als die Arbeiter und Arbeiterinnen unter überaus hohen Steuerlasten, die im Gefolge des Krieges kommen werden, und unter der Teuerung, die für die Kriegszeit wie auch für die Nachkriegszeit von ausschlaggebender Bedeutung sein dürfte, leiden werden. Desto notwendiger wird es, die Lohnerniedrigungen des Krieges, wo solche vorhanden sind, zu verteidigen und sie, wo es an ihnen fehlt, durchzusetzen.

### Der Irrsinn unserer Wirtschaft.

Betrachtet man . . . die Produktion der Welt, so zeigt ein furchtbares Erdröden und den Irrsinn der Wirtschaft. Ueberflüssiges, Nichtiges, Schädliches, Verächtliches wird in unseren Magazinen gehäuft, unnützer Mobelstand, der wenige Tage lang falschen Glanz spenden soll, Mittel für Kunst, Reiz und Betäubung, widerliche Duffstoffe, haltlose und mißverständliche Nachahmungen künstlerischer und kunstgewerblicher Vorbilder, Gerätschaften, die nicht dem Gebrauch, sondern der Blendung dienen, Albernheiten, die als Scheidemünze eines erzwungenen Geschenkwesens umlaufen; alle diese Nichtsnutzigkeiten füllen Läden und Speicher in vierteljährlicher Erneuerung. Ihre Herstellung, ihr Transport und Vertrieß erfordert die Arbeit von Millionen Händen, fordert Rohstoffe, Kohlen, Maschinen, Fabrikanlagen und hält amähernd den dritten Teil der Weltindustrie und des Welthandels in Atem. Würde die Hälfte der verarbeiteten Weltarbeit in ständige Bahnen gewiesen, so wäre jeder Arme der zivilisierten Länder ernährt, bekleidet und behaust.

(Aus Rathenau: „Von kommenden Dingen“, Verlag S. Fischer, Berlin.)

## Das Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler abgelehnt.

Am Bundesratslich Staatssekretär Gelfferich, v. Capelle, v. Kühlmann.

Präsident Dr. Kömpf eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.

Abg. Albrecht (Unabh. Soz.) fragt wegen der Beschäftigung

eingezogener Handwerker mit der Herstellung von Friedensuniformen und Entlassung derselben aus dem Heeresdienste.

Generalmajor Oden: Nach Fertigstellung der Kriegsumformen wurde die allmähliche Entlassung der Mannschaften angeordnet. Später wurden sie aber wieder notwendig gebraucht und sind augenblicklich voll beschäftigt. Friedensuniformen werden jetzt nicht hergestellt.

Abg. Waltheim (F. Vp.) fragt nach rechtskräftiger Behandlung der Zivilbevölkerung nach der Besetzung Labors durch die belgische Regierung.

Ministerialdirektor Kriege: Die Regierung hat unverzüglich ihre Maßnahmen getroffen, und es ist Sühne eingetreten. Jetzt können erneut Verhandlungen.

Abg. Mumm (D. Fr.) fragt nach Verwendung von Zucker für die Herstellung von Wein.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Braun: Für die Herstellung von Wein wird nur die absolut notwendige Menge von Zucker zur Verfügung gestellt.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.) wünscht Auskunft über die

merken: Er ist der letzte, dem ich das Recht zugehe, über Agitation im Heere und in der Flotte zu sprechen. Der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamtes wird nachher Mitteilungen machen, die die volle Berechtigung dieser meiner Worte erweisen.

Der Herr Abg. Dittmann hat darauf hingewiesen, daß ich allen Parteien vollkommene Objektivität zugelegt habe. Er hat aber den Zusatz vergessen, den ich ausdrücklich gemacht habe, nämlich, daß dies nur für diejenigen Parteien gilt, die keine das Bestehen des Reiches oder des Staates gefährdenden Ziele verfolgen.

Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Grenze. (Lebhafte Lärm v. d. Unabh. Soz., Zuruf: Jetzt wissen wir, wer Sie sind.) Was die angeordnete Agitation im Heere anbelangt, so hat der Herr Kriegsminister in weitem Umfange dargelegt, in welcher Weise im Heere Aufklärung getrieben wird. Daß diese Aufklärung notwendig, daß geistige und

sittliche Fürsorge für den Soldaten im Felde dringendes Bedürfnis sind, das unterzeichnen alle, die die Verhältnisse kennen.

Die Soldaten selbst sind dankbar für diese Arbeit und die Herren Abgeordneten, die an der Front waren, haben sich selbst davon überzeugen können. Der Reichskanzler gibt jedoch den wesentlichen Inhalt der für diese Aufklärungsarbeit herausgegebenen Beiträge wieder und kennzeichnet die Mittel, mit denen die Aufklärungsarbeit geleistet wird. Dann fährt er fort: Viele Aufklärungsarbeit bleibt ein wichtiges und wertvolles Mitglied zwischen dem Heere und der Heimat. Es ist ausdrücklich gesagt, daß die ganze Tätigkeit nicht mit politischen Fragen in Verbindung gebracht werden darf. Es handelt sich vielmehr um einen vaterländischen Unterricht. Der Herr Kriegsminister hat weiter zugegeben, daß Verhöre vorkommen, aber er hat ausdrücklich erklärt, daß es unzulässig sei, die Politik in die Aufklärungsarbeit hineinzutragen und daß Remedur geschaffen wird, wenn es trotzdem geschieht. Es wird insbesondere auch nicht geübt werden, daß Abgeordnete wegen ihrer Stellung zu den Kriegszwecken herabgedrückt oder belächelt werden. Was die Beamten anlangt, so ist insbesondere jeder Mißbrauch dahin, daß Vorgesetzte ihre Untergebenen zum Anschluß an eine bestimmte Partei zu bewegen suchen, unzulässig. Das gilt für alle Parteien. Wenn wir diese Ziele innehalten, werden wir gewiß auf einen gangbaren Weg gemeinsamen Wirkens kommen.

Wir werden sehr viel weiter kommen, wenn die, die die Friedensentscheidung des Reichstags betämpfen und von einem Umgerückten sprechen, in der Behandlung dieser Dinge gerechter werden. Wir müssen die Ziele der Entscheidung in ihrem positiven Sinne und nach ihrer kraftvollen Seite her ausarbeiten. Ich habe am 19. Juli unter Zustimmung des Hauses diese Seite der Entscheidung besonders hervorgehoben. Wir wollen auf der Grundlage dieser Entscheidung einen Frieden erreichen, der dem Vater den Segen seiner Seele sichert, dem Arbeiter betriebsbedingte Beschäftigung verbürgt, der Industrie ihre Absatzmärkte sichert, und unseren Schiffen auf ihrer Fahrt durch die freien Meere gestattet, überall Kohlen einzunehmen. Einen Frieden weiterer wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, einen Frieden der Kraft, einen solchen Frieden können wir erreichen in dem Rahmen der Reichstagsentscheidung. (Beifall.) So lange unsere Gegner aber Forderungen aufstellen, die für jeden Deutschen unannehmbar sind, so lange sie an den schwarz-weiß-roten Grenzpfählen rütteln wollen, so lange sie zwischen das deutsche Volk und seinem Vater einen Keil zu schieben versuchen, solange müssen wir eben die Friedenshand zurückhalten, solange müssen wir warten und wir können warten! Solange müssen die Manen und das U-Boot ihre Arbeit tun. Und dieser Friede wird doch kommen! (Lebhafte Beifall.)

Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Capelle: Die Tatsache, daß die russische Revolution in einigen wenigen Tagen an Bord revolutionäre Ideen großgezogen und bei ihnen wohnwichtige Pläne erzeugt hat, ist nicht zu leugnen. So halten sie Pläne, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu werben und die ganze Mannschaft der Flotte zur Gehorsamsverweigerung zu bringen, (Hört, hört!), um auf diese Weise, erst unter Anwendung von Gewalt, die Flotte lahm zu legen und den Frieden zu erzwingen. (Stürmische Rufe.) Es ist eine Tatsache, daß diese Leute Beziehungen zur Unabhängigen Sozialistischen Partei hatten. (Großer Lärm, Rufe: Unhöflich!) Es steht attestmäßig fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstoge im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialisten den Abg. Dittmann, Haase und Bogkner seine Pläne vorgetragen und Billigung gefunden hat. (Erneuter großer Lärm, Rufe), daß er auf die Gefahren des Unternehmens hingewiesen hat und zur größten Vorsicht gemahnt worden ist, daß er aber ihre volle Unterstützung zur Übermittlung von Agitationsmaterial zugesagt erhielt. (Rufe.)

Dieser Agitation gegenüber war es meine erste Pflicht, den Vertrieb des Agitationsmaterials unmöglich zu machen. (Beifall.) Ich habe selbst die zuständigen Kommandostellen erucht, die Verteilung dieses Materials mit allen Mitteln zu verhindern. (Stürmische Bravorufe.) Einige ehr- und pflichtbewusste Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. Trotzdem will ich vor der offenen Reichstagstribüne sagen, daß die umlaufenden Gerüchte, die natürlich auch nur hinterbracht worden sind, maßlos übertrieben sind. Die Schlagfertigkeit der Flotte ist auch nicht ein Moment in Frage gestellt worden (Lebhafte Beifall) und so soll es bleiben. (Stürmischer Beifall und langanhaltende Anrufe.)

Abg. Dittmann (Soz.): Diesen schweren Anklagen gegenüber müssen wir Zurückhaltung üben und zunächst die Angeklagten hören. Wenn die Handlungen nachweisbar gegen die Gesetze verstoßen, so muß Verurteilung eintreten. Wir billigen jeder Partei, auch der alldeutschen, Bewegungsfreiheit zu. Nur darf ihre Agitation nicht beschuldigen oder militärischer Seite keinen Vorstoß erhalten. Man fordert den Reichskanzler zum Staatsreich gegen die Anhänger des Verständigungsfriedens auf. Wer trägt die Verantwortung dafür, daß die Einheit des Volkes gerissen wird! Die Vaterlandspartei ist weiter nichts als der Kerne, der die Agitation zu den kommenden Reichstagswahlen einschleift. Es ist eine ausgeprobenere Partei der oberen Zehntausend. Die Leitfäden der Obersten Heeresverwaltung erhalten etwa ganze Reihe von Stellen, die in das Politische hineinüberpielen. Die Friedensrevolution hat im Ausland ebenfalls gewirkt. Die Vaterlandspartei ist aber nichts als eine Hilfstruppe der feindlichen Kriegspartei. Wenn das deutsche Volk noch einen vielden Kriegswinter durchhält, so nur dann, wenn es weiß, es gilt einzig und allein der Verteidigung des Vaterlandes. Unsere Regierung trägt keine Schuld an der Fortsetzung des Krieges. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Der Matrose, vom dem der Staatssekretär gesprochen hat, war bei mir im Fraktionszimmer, hat mir aber nicht einen solchen Plan vorgetragen. (Hört, hört!) bei den Sozialdemokraten.) Beweise für seine Behauptung wird der Staatssekretär nicht vorbringen können. (Hört, hört!) bei den Soz.) Dieser Matrose berückete mir von der tiefen Unzufriedenheit und der großen Erbitterung unter den Matrosen. Er sprach von einem Mangel an geistiger Nahrung und sagte, die Matrosen wollten sich weiterbilden und am Lande politische Unterhaltung pflegen. Dafür wünschten sie Literatur. Diese Unterhaltungen sind am Lande erlaubt. Trotzdem warnte ich den Matrosen und mahnte ihn zur Vorsicht. Ich war aufs tiefste erwidert, als ich hörte,

## Deutschland

### muß leben!

**Unsre Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner müde werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:**

**„D u r c h !“**

**Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! Es bereiten, so verdienen wir den Sieg.**

**Darum zeichne!**

Verwendung reklamierter Heerespflichtiger der sogenannten höheren Gesellschaftsklassen bei dem Stahlwerk Beder A.-G. Willig bei Grefeld.

Generalmajor Marquardt: Ermittlungen sollen angestellt werden. Zur gegebenen Zeit wird Abhilfe erfolgen.

Das Haus geht hierauf die Besprechung der Interpellation über die Agitation zugunsten der Vaterlandspartei fort.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Unsere Haltung in dieser Frage hat sich durch nichts geändert. (Der Reichskanzler erscheint im Saal.) In den Augen des Auslandes trägt die gestrige Rede des Reichskanzlers den Stempel der Feigheit. (Redner erhält einen Ordnungsruf.) Zweifellos wird das Vertrauen zur Aufrichtigkeit der Politik des Reichskanzlers durch diese Rede nicht gesteigert. Man preißt den Verständigungsfrieden, tritt aber für den Eroberungsfrieden ein. (Redner erhält den zweiten Ordnungsruf.) Nicht die untergeordneten Stellen betreiben diese Propaganda, sondern die oberen Kommandostellen. Jede der alldeutschen Propaganda entgegenstehende Politik wird unterdrückt. Die Presse der unabhängigen Sozialdemokraten ist im Heere und in der Marine verboten. Wie vereinbart sich dieses mit der gestrigen Rede des Reichskanzlers? Es sollte nach das Wort gelten: Ich kenne keine Parteien mehr. Soweit Deutschland die Schuld an dem Kriege trägt, liegt sie bei den Alldeutschen.

Präsident Dr. Kömpf: Ich kann nicht zulassen, daß Sie im Reichstag davon sprechen, daß die Schuld an dem Kriege auf deutscher Seite liegt.

Abg. Dittmann fortfahrend: Wir haben von jeher die große Gefahr der Alldeutschen erkannt. Will man sie bekämpfen, so muß man auch die Regierung bekämpfen, die sie beschützt. Stimmen Sie deshalb für unsern Mißtrauensantrag.

Präsident Dr. Kömpf ruft den Redner nachträglich noch zweimal zur Ordnung.

Reichskanzler Dr. Michaelis: In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses sind die Fragen, die am Samstag die Gemüter erhitzen haben, nach allen Richtungen hin durchgesprochen und gelöst worden. Der Herr Abg. Dittmann hat den ganzen Stoff von neuem aufgeworfen. Demgegenüber habe ich zu be-

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

Abg. Erkmeler bezieht sich auf die Entscheidung des Reichstags gegen den Reichskanzler. (Beifall.)

# Gelehnt.

... über die ...  
 ... Herr Staats-  
 ... Mitteilungen ma-  
 ... Worte erweisen  
 ... dass ich allen  
 ... Er hat aber  
 ... habe, nämlich  
 ... eine das Bestehen  
 ... e verfolgen. Die  
 ... für mich jen-  
 ... Unabh. Soz., Ju-  
 ... angeordnete Agita-  
 ... eminenz in we-  
 ... dertre Aufklärung  
 ... dass geistige und  
 ... bringendes Be-  
 ... hältnisse kennen.  
 ... Arbeit und die  
 ... haben sich selbst  
 ... gibt ich dann den  
 ... seit herausgegeben  
 ... mit denen die  
 ... fort: Diese Auf-  
 ... Bindung ist un-  
 ... dlich geistig, das  
 ... a Verbindung ge-  
 ... einen vaterlän-  
 ... weiter gegeben  
 ... erklärt, das es  
 ... mit hineinbringen  
 ... dem geschieht. Es  
 ... dass Abgeordnete  
 ... gefehlt oder be-  
 ... sbejondere jeder  
 ... zum Anschlag  
 ... unzulässig. Das  
 ... unanständig, werden  
 ... Wirkens Kom-  
 ... die, die die Frie-  
 ... von einem Zu-  
 ... Dinge gerechter  
 ... in ihrem Po-  
 ... diese Seite der  
 ... wollen auf der  
 ... werden, der dem  
 ... unter bedrückende  
 ... schreie sichert.  
 ... frische Weere ge-  
 ... trieben weiter  
 ... den Frieden der  
 ... in dem Rahmen  
 ... unsere Gemein-  
 ... schen unannehm-  
 ... Grenzspähren  
 ... Volk und seinem  
 ... müssen wir eben  
 ... warten und wir  
 ... und das Wohl  
 ... mmen! (Lebhaft)

dass dieser junge Mann, der den Eindruck hoher Begeisterung machte, wegen seiner politischen Ideale den Tod hat erlitten müssen. (Hört, hört! bei den Soz.) Mit der Erklärung des Reichstanzlers, dass wir außerhalb des Gesetzes stehen, beweist er mir, dass ihm und seinen Anhängern das Wasser bis an die Kehle reicht. Sie wissen nicht, wie sie aus dem Elend herauskommen sollen. Sie scheitern daher auf die Männer, die dieses System von Anfang an bekämpft und das Unheil vorausgesehen haben. (Sehr wahr bei den Unabh. Soz.) So wie der Kanzler hat schon Bismarck mit dem Reichstag gekämpft. Die Herren Reichstanzler werden, wenn ihre Werte in Trümmer liegen, unsere Gedanken immer mehr Anhänger werden sehen in allen Kulturlagern. (Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten. Unruhe)

Auch die Abgeordneten Vogther und Dittmann (Unabh. Soz.) weisen die Beschuldigungen des Staatssekretärs v. Capelle als unangreifend zurück. Staatssekretär v. Capelle: Ich habe nicht gesagt, dass die Unabhängigen Sozialisten die Pläne ausgebeutet und den Matrosen eingegeben hätten. Nach atmenmäßigen Feststellungen sagte der Hauptbeschuldigte aus, dass er den Abg. Dittmann besuchte und sich durch Berufung auf Reichsnotverordnungen legitimiert habe. Dittmann sagte sich unterrichtet und erwiderte und sagte, sie möchten so weiter machen, aber große Vorsicht walten lassen. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Nach Mitteilungen waren auch Vogther und Hofe von der geplanten Organisation, die ihnen Reichsnotverordnungen halbe, ganz begeistert. (Abg. Dittmann: Das sagt jemand, der nie dabei gewesen ist.) Reichsnotverordnungen wurde gesagt, diese Organisation sei strafbar, er solle sich sehr vornehmen. Was an den Abgeordneten liegt, so würden sie die Organisation durch Straftaten unterstützen. Reichsnotverordnungen sind als Zeugnis, dass diese Aussagen richtig sind. (Abg. Ruppel: Hören Sie, Herr Staatssekretär! Große Unruhe und Lärm bei den Unabh. Soz.)

Abg. Trimborn (Zentr.): Wir bezweifeln, dass sich der Reichstanzler heute klipp und klar auf den Boden der Reichsnotverordnungen gestellt hat. (Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei den Unabh. Soz.) Höchst bedenklich erscheint es uns, die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten ohne weiteres mit Anschuldigungen gegen drei Abgeordnete in Zusammenhang zu bringen. Wenn wir Staatssekretär sich nicht auf hinreichend schlüssiges Material stützen könnte, hätte er diese Beschuldigung nicht erheben dürfen. (Sehr richtig! Sollten diese Abgeordneten Hoch- und Landesverbrechen begangen haben, wird man mit der Strafe des Gesetzes gegen sie vorgehen. Sehr richtig! Lachen bei den Unabh. Soz.)

Abg. Ebert (Soz.): Selbst bei durchschlagendem Beweismaterial verweigern wir uns entschieden die Anschuldigungen des Staatssekretärs gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten, schon wegen ihrer innen- und außenpolitischen Wirkung. Die Anklagen erkennen wir nicht als gerechtfertigt. Das Recht, mit Soldaten zu verhandeln, lassen wir uns nicht nehmen. (Beifall links und im Zentrum.) Unberechtigt ist, dass die Regierung in einer Zeit, wo die Zusammenfassung aller Volkskräfte ihre höchste Aufgabe sein müsste, in den alten Geist der Ausnahmegerichte zurückfällt. Diese Erklärung gegen eine ganze Partei konnte nur erfolgen von einer Regierung, die ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen ist. (Lebhaft Zustimmung links.) Jeder Tag, um den das Volk eher von einer solchen Regierung befreit wird, wird von uns begrüßt werden. (Beifall links und im Zentrum.) Eine solche Regierungsmacht wird von uns mit unseren ganzen Kräften rücksichtslos bekämpfen. (Wiederholter Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Stresemann (Natl.): Wenn sich Abgeordnete wirklich in solcher Weise schuldig gemacht haben sollten, wird ihnen der Reichstag sicher nicht den Schutz der Immunität zubilligen. Wir erwarten, dass die Reichsleitung alle erforderlichen Schritte einleitet. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Nach weiteren Ausführungen der Abg. Naumann, Mertin, Damm und des Reichstanzlers wird die Debatte geschlossen. Das von den Unabhängigen Sozialdemokraten beantragte Mitspracherecht gegen den Reichstanzler wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Abg. Lehmann (Zentr.): Unsere genauen militärischen Erfahrungen stehen wirtschaftliche Schwierigkeiten gegenüber. Unsere Arbeitsrevolution kann vom Auslande nicht als Feinden der Schwäche hingenommen werden. Dem Kaiser schadet die ganze Welt Dank für seine Note. Das deutsche Volk schließt sich ihm ohne Unterschied der Konfession an. Elsass-Lothringen ist und bleibt deutsches Land. Gegen die Nämung Belgiens darf nichts gesprochen werden. Vorbedingung für die Nämung der besetzten Gebiete durch die Mittelmächte ist die Nämung der von der Entente besetzten Gebiete, auch in den Kolonien und die Befreiung jeder Vorkriegsfrage auf der See. Eine neue Friedensfundamentierung des Reichstags, ein weiteres Friedensangebot der Reichs-

regierung erfolgt nicht. Wir können durchhalten im Felde und im Hinterlande. Ein einiges Deutschland kann nicht besiegt werden.

Der Kaiser hat dem Zaren geraten, dem russischen Volk das Recht zu geben, mitzusprechen über Krieg und Frieden, so muß er es auch dem eigenen Volke zubilligen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen verus zu uns ist nur noch eine Frage kurzer Zeit. Veru verlangt von uns Genugtuung und Schadenersatz für einen rechtmäßig verurteilten Soldaten ohne Kriegsverurteilung. Uruquah will ohne jeden Grund die diplomatischen Beziehungen zu uns abbrechen. Gegenüber diesen unerfreulichen Tatsachen kann gesagt werden, daß das Kohlen- und Kreditabkommen mit Holland unmittelbar vor dem Abschluß steht. (Pravo.) Die Annäherung der Völker hat nach der Veröffentlichung der Papstnote einen Fortschritt leider nicht gemacht. Die Ausgebungen der verantwortlichen Staatsmänner der Entente lassen erkennen, daß sie nicht geneigt sind, den hochherzigen Anregungen des Papstes zu folgen. Graf Czernin hat nicht nur auf neue die Bereitwilligkeit der Zentralmächte betont, sondern darüber hinaus Hinweise auf die Grundlinien gemacht, auf denen vielleicht einmal das neue Europa aufgebaut werden könne. Churchill meint, nur eine dünne Mauer trenne uns vom Zusammenbruch. Vom Matienoch in der Nordsee bis zum Jongo steht eine rechte Mauer des deutschen Volkes mit dem eisernen Willen. Wenn er auf deren Zusammenbruch warten will, muß er sich in Geduld fassen. (Sehr gut.) England hat sich Frankreich gegenüber verpflichtet, mit seiner ganzen Kraft für die Müdigkeit Elsass-Lothringens einzutreten, solange Frankreich selbst an dieser Forderung festhält. Auf die Frage, kann Deutschland in Bezug auf Elsass-Lothringen irgendwelche Zugeständnisse machen, haben wir nur eine Antwort: Nein, niemals! (Stürmisches Bravo.) Es ist das Symbol deutscher Einheit. Wir setzen nicht für phantastische Eroberungen, sondern für die Unverletzlichkeit des deutschen Reiches.

Die Friedensziele der Entente sind ein utopisches Eroberungsprogramm, das nur durchgeführt werden kann nach der Niederrückung Deutschlands und aller seiner Verbündeten. Unsere Politik ist dagegen real und nüchtern. Die Antwort auf die Papstnote läßt keinen Zweifel über unsere Kriegsziele bestehen. (Pravo.) In der deutschen Bevölkerung ist es unserer auswärtigen Politik Ausdruck zu verleihen, zum Siege und Frieden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Grosbauer (Soz.): England ist nicht zum Frieden bereit. Davon hängt alles ab. Die Feinde wollen Oesterreichs Auflösung; das müßte Rückschlüsse auf Deutschland ausüben. Wenn die Feinde unsere Angebote ab so leicht nichts anderes über, als auszubekommen. Ausland ist ganz in Englands Hand. Der weiteren Tätigkeit des Herrn v. Kühlmann sehen wir voller Hoffnung entgegen. Ausland, Völkern und Polen müssen Herren des eigenen Hauses sein, aber nur nach Berücksichtigung mit Ausland. Uns diesem Kriege muß ein neues Europa herauskommen.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 10 Uhr verlegt. Außer dem Rest der heutigen Tagesordnung: Vereinfachung der Rechtspflege, soziale Fragen. — Schluß nach 7 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Die Bekämpfung der Wohnungsnot.

Die Frage der Wohnungsbeschaffung für minderbemittelte Familien wird immer dringender, besonders in den westdeutschen Industriegebieten, wo nach einer Feststellung des Westfälischen Vereins für Kleinwohnungswesen bereits in Zeitungsartikeln die Verhältnisse für die Beschaffung geeigneter Kleinwohnungen ausgelegt worden sind. Die Schwierigkeiten sind durch das Verbot hier beträchtlich vermehrt worden, und sie haben den genannten Verein veranlaßt, in Eingaben an die Generalkommandos zu Münster und Frankfurt a. M. darzulegen, wie ein auf die besonderen Bedürfnisse der Wohnungsbeschaffung eingerichteter Demobilisierungsplan verwirklicht werden könnte.

Es ist darin hervorzuheben, daß notwendig sei, 1. die in den Depots aufgestapelten Miesmengen an Baustoffen so schnell wie möglich der Wohnungsbauherstellung zuzuführen. Die Kreditfrage zu lösen, müsse Aufgabe der Gemeinden sein. Zweitens käme es darauf an, die Arbeitskräfte für die Vorbereitung einer gesteigerten Wohnungsproduktion schon jetzt frei zu machen. Ein Zusammenwirken von militärischen und bürgerlichen Stellen sei hierfür sehr zu empfehlen.

## Elss-Lothringen.

Ueber die Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden der Mehrheitsparteien des Reichstags beim Reichstanzler, die am Samstag stattfand, teilt der „Berl. Lok.-Anz.“ mit:

„Den Teilnehmern an der Besprechung wurde Stillschweigen über den Inhalt der Unterredung zur strengsten Pflicht gemacht. Jemand ein positives Ergebnis der bisherigen Erörterungen in der elss-Lothringischen Frage war der Kanzler noch nicht in der Lage mitzuteilen; er erfüllte mit der Einladung zu der Besprechung lediglich ein Verprechen, das er kürzlich den Fraktionsvorsitzenden der Mehrheitsparteien gegeben hatte. Eine Entschließung der Regierung ist nach seiner Richtung hin bisher erfolgt.“

## Aus der Partei.

### Die „unabhängige“ Alt-Offenburgerci.

Die groteske Synthese von „Nababismus“ und Spießbürgertum wird immer köstlicher. Am 18. Oktober wiesen wir an dieser Stelle die beleidigenden Unmaßlichkeiten des Scheiters der „unabhängigen“ Alt-Offenburgerci an unsere dortige Parteiorganisation zurück, das die Offenburger Genossen unserer Medaillon zur entsprechenden Behandlung überfandt hatten. Wir stellten darin der fortgesetzten schuldlosen Prinzipienretterei des Offenburger „Nababismus“ seine Taten gegenüber, die sich als eine ununterbrochene Kette von politischen Mißfolgen bis zur totalen ökonomischen Abwärtswandlung darstellten und charakterisierten in „niederdrückender Abwehr“ insbesondere auch die politische Verächtlichkeit des Abg. Adolf Ged., der das eingangs erwähnte Schreiben vom 6. Sept. — angeblich im Auftrag des „unabhängigen“ Ortsvereins — verfaßt und unterzeichnet hatte. Wer einen solch widerlichen Kultus mit dem höchsten Spießbürgertum treibe, wie Adolf Ged. es seit Jahrzehnten in seinem „Alt-Offenburgerci“ tut — so etwa schreiben wir —, der habe wahrhaftig kein Recht, andere des Verrotts an den Grundtugenden des Sozialismus anzuklagen, und die höchst unfaire Art und Weise, in der Ad. Ged. zu Anfang Mai d. J. seinen Nebertritt zu den „Unabhängigen“ vollzogen, hätte es ihm — meinten wir weiter — nahelegen sollen, sich im Parteileben wenigstens vorläufig einige Reue anzuerkennen, bis über jenen in der Parteigeschichte einzig dastehenden Skandal Gras gewachsen sei.

Es ist nun interessant, zu beobachten, wie der also Gezeichnete auf unsere, in der Sache gewiß schwereren Anschuldigungen erwidert. Es stand ihm zu einer sachlichen Erwiderung darauf, die man insbesondere auch hier in Karlsruhe, am Orte des Parlamentes, dem Ad. Ged. angehört, allgemein erwartet hatte, unser Blatt natürlich zur Verfügung, auch ohne Berufung auf den § 11 des Pressgesetzes. Mochte Ad. Ged. von dieser Möglichkeit Gebrauch? Mit keiner Silbe, obgleich es für ihn eine politische Ehrenpflicht war! Wohl aber ließ er in seinem „Alt-Offenburgerci“ vom 30. v. M., den „Andres“, die humoristische Information des Volksposters, den er allwöchentlich den städtischen Weibertrahsch wiederkaufen läßt, als Deckung vor sich aufmarschieren. In echt „nababischer“ und „unabhängiger“ Grundfalschheit mußte der „Andres“ die Offenburger Spießbürgerschaft gegen den „Volkspost“ aufputschen, indem er unseren Abwehrartikel so darstellte, als ob er sich nicht etwa gegen Adolf Ged. und seine parteierreuernde Treiberei, sondern gegen die Offenburger Bürger- und Arbeitergesellschaft des „Alt-Off.“ gerichtet hätte. So glaubte der „unabhängige“ Herausgeber des „Alt-Offenburgerci“ zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen: einmal setzte er sich bei seinen geliebten Spießbürgern in Gunst, und dann gedachte er am Klage dem „Volkspost“ wieder einmal Abtrag zu tun, den er ja bekanntlich schon seit Jahren auf geschäftliche Verträge — nicht etwa aus sachlichen, sondern aus rein persönlichen Gründen, wie das beim ganzen politischen Auftreten Adolf Gedes ja von jeher der Fall war. Der „Andres“ und seine Spießbürgerschaft waren also nach dieser Darstellung die von uns Getrübten, Adolf Ged. aber, der wirklich Angeklagte, hielt sich feige im Hintergrund und tat in seinem „Alt-Offenburgerci“ so, als ob wir kein Wort gegen ihn verloren hätten! Das ist die Methode, nach der das „unabhängige“ Offenburgerci den allein echten und wahren „Massenkampf“ führt! (Daß Adolf Ged. auch bei diesem journalist. Tischenpieler-Trick es nicht unterlassen konnte,

## Arbeiterbildungsweisen und Theaterkulturverband.

Von Heinrich Schulz, M. d. R.

Einer Mitternachtsmeldung zufolge soll auch in Karlsruhe die Gründung einer Ortsgruppe des „Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur“ beabsichtigt sein. Ihr würde sich gerade in unserer Stadt, wo es im Hinblick auf das Theater als Kulturfaktor an Nachfrage fast ebenso fehlt, wie am Angebot, ein umfangreiches Arbeitsgebiet eröffnen. Wir bringen daher die folgenden Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Gen. H. Schulz, der erst vor kurzem als Redner auf der ersten Jahresversammlung des Verbandes in Mannheim einen starken Erfolg erzielte.

Durch eine Versammlung in Berlin im Mai dieses Jahres, der eine Reihe bekannter und sachverständiger Männer über die Aufgaben der deutschen Bühne sprach, ist die öffentliche Aufmerksamkeit auf eine Organisation gelenkt worden, über die man schon in einiger Zeit hier und da die widersprechendsten Urteile hören konnte. Die Redner jener Versammlung wendeten sich teils verneinend, teils übermäßig gegen den „Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur“, in dem sie eine Behinderung der künstlerischen Freiheit und den Versuch einer Beherrschung des deutschen Theaters sahen. Leider war in der Versammlung eine freie Erörterung nicht zugelassen, sonst würde ich an Ort und Stelle dieser irigen Auffassung, die den sachverständigen Vertretern in Wolfsburg keine gefunden hatte, entgegengetreten sein. Ich halte die Angelegenheit aber für wichtig genug, um ihre ungeklärten Punkte zu widmen, von denen ich wünsche, daß sie auch über Berlin hinaus von den Mitarbeitern in der Arbeiterbildungsfrage gelesen würde.

Was dem „Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur“ in der Kriegszeit doppelt auffallende starke Beachtung in weiten Kreisen des Bühnenswesens und zugleich die erbitterte Feindschaft bestimmter Kreise eingetragen hat, ist auf die besonderen Verhältnisse des Verbandes und die Kinderkammer zurückzuführen. Die Wiege des Verbandes stand in Hildesheim, literarisch interessierte Katholiken waren seine Geburtsheule. Sie wurden unterstützt von jungen Literaten mit starker völli-

chemem Einschlag. Dieser Umstand mußte die Öffentlichkeit stutzig machen. Wie kommt Katholik dazu, sich so plüschig und so auffällig um die deutsche Theaterkultur zu kümmern und sich geradezu als ihre Mutter zu gebärden? Bei der bisherigen Stellung des Zentrums zur Kunstpolitik mußte man mittrauenlich werden und hinter der Gründung ein kirchliches Unternehmen wittern. Ich lasse dahingestellt, inwieweit benutzt oder unterstützt solche Absichten mitgespielt haben, wichtiger erscheint es mir, nach der psychologischen Begründung zu suchen.

Professor Walzel führte in der Versammlung in Weehobenzal aus, daß die dramatische Kunst die Aufgabe erfülle, dem Menschen in seiner inneren Unruhe und Zweifelhäftigkeit durch die Verherrlichung weltlicher Konflikte ein Spiegelbild und zugleich eine Entlastung zu schaffen. Von diesem Standpunkte aus bietet die dramatische Kunst, besonders seit unseren Klassikern, dem Katholiken wenig, sofern es sich um seine Weltanschauung und die aus ihr entspringenden inneren Kämpfe handelt. Das ist natürlich nicht die Schuld der dramatischen Kunst, sondern soweit von Schuld überhaupt die Rede sein kann, eine Folge der Gleichgültigkeit des Katholizismus gegen die Literatur und besonders gegen die dramatische Kunst. Aber auch der Katholizismus befindet sich seit langem in innerer Gärung. Seine jüngeren Elemente wollen aus dem Ghetto heraus, in dem sie eine überlebte Auffassung vom Wesen ihrer Weltanschauung festhalten möchte. Dieser innere Prozeß tritt äußerlich auf den verschiedensten Gebieten zutage, in der Politik, in den wirtschaftlichen Kämpfen, in der Wissenschaft, in der Kunst. Aus diesem Bedürfnis heraus entspringt auch die Hildesheimer Tagung zur Förderung deutscher Theaterkultur, wobei es vorläufig dahingestellt bleiben kann, ob dieses Motiv jedem Teilnehmer zum Bewußtsein gekommen ist oder nicht.

Da aber eine Förderung der Theaterkultur lediglich in dieser Abgrenzung als eine Unmöglichkeit erscheinen möchte, so zog man das Programm von vornherein weiter und versuchte zu erzählen, inwieweit diese Note allgemeine Gültigkeit hat und eine gemeinsame Basis für eine Verbandsgründung abgeben. Man forderte daher auch andere Kreise zur Mitarbeit auf. Dieser Einladung leistete, von anderen abgesehen, die Genossenschaft deutscher Bühnensangehöriger Folge, indem sie ihren Präsidenten Nidelt und ihren Reichsbeisitzer, den Mannheimer Rechtsanwalt Dr. Seelig, auf die Tagung entsandte. Diese beiden Männer erfahnten die Bewegung aber sofort in ihrer eigentlichen Bedeutung: sie sahen in ihr nicht eine Angelegenheit der Weltanschauung und des literarisch-

literarischen Programms, sondern eine Frage der Organisationsentwicklung und Förderung des Theaters.

Die weitere Entwicklung hat den beiden Männern recht gegeben. Sie setzten zunächst entgegen einigen begeisterten Diskussionsrednern in Hildesheim durch, daß die Zahlung des Verbandes einen neutralen, auf das Organisatorische gerichteten Charakter erhielt, sie unterstützten ferner nachdrücklich die Bemühungen zur Heranziehung auf der Gründungsversammlung noch nicht vertretenen Kreise, um der neuen Bewegung die Einseitigkeit zu nehmen und sie paritätisch, interkonfessionell und unparteiisch fortzuentwickeln. In Mannheim traten die Arbeiterorganisationskreise der Bewegung bei, in Frankfurt, Berlin und Köln später gleichfalls, Männer der verschiedensten Konfessionen und Parteien fanden sich zur Mitarbeit bereit, von unserer Partei u. a. die Reichstagsabgeordneten Ged. und Quast. Ad. selber erhielt von Dr. Seelig auf Grund einstimmigen Beschlusses der ersten Gesamtausdehnung die dringende Aufforderung zur Mitarbeit im Gesamtausdehnung, um auch hier den besonderen Theaterinteressen der Arbeiter sich und Stimme zu verschaffen. Ich habe dieser Einladung Folge geleistet, nicht ohne anfängliches Zögern, angeleitet der Weiterentwicklung der Dinge durch ich aber je länger je mehr zu der Erkenntnis gekommen, daß ich richtig daran getan habe, dem Verbande meine Mitarbeit nicht zu verweigern.

Diese Weiterentwicklung hat sich in der Richtung vollzogen, daß die Tendenzen, die einige Mitarbeiter dem Verbande fern gegeben hätten, nicht nur in den Hintergrund getreten, sondern völlig überwunden und von ihrer eigenen Befürwortern restlos preisgegeben worden sind. Sie haben sich davon überzeugt, daß eine weltanschauliche und kulturpolitische Begrenzung der Ziele des Verbandes diesen von vornherein als eine Kampforganisation fragmatifizieren würde, die nicht beanspruchen kann, der deutschen Theaterkultur als solcher zu dienen. Andererseits haben sich die von Nidelt und Seelig befürwortete und von anderen unterstützten Tendenzen so stark entwickelt, daß sie schließlich als das Programm des Verbandes gelten können.

Eine Aufgabe kann der Verband erfüllen, wenn er alle Organisationen, welche sich mittelbar mit der Pflege des Theaters befassen, zu einem Zweiverband, zu einem Theaterkommissionenverband zusammenfaßt, um dadurch zweierlei zu erreichen: gute Vorstellungen und Besuch dieser guten Vorstellungen durch die Massen. Ein Beispiel möge den Gedanken erläutern. Wenn ein sozialdemokratischer Arbeiter einer Aufführung von Goethes

seiner alterstündigen Reithammel und Schweiß in widerlich-  
stärklicher Weise gegen einen weiteren polit. Widerstand die  
Bügel schießen zu lassen, dem er die Ueberberührung unseres Artikels  
vom 18. September unterwarf, das unterzeichnet lediglich den ge-  
schäftlich-persönlichen Charakter seiner Kampfesweise, zu der er im  
Gefühl des absoluten Mangels sachlicher Argumente seine Zuflucht  
nimmt.)

Warum wir der — uns im übrigen verdammt gleichgültigen  
— Alt-Offenburgerei ausnahmsweise einmal einige Aufmerksamkeit  
schenken? Weil der vorliegende Fall die „Grundfalschheit“  
des politischen Geharens Adolf Geds, des  
Inflüßers der bad. Parteizersplitterer, in be-  
sonders deutlicher Weise aufzeigt: nach außen hin hyper-  
rabidale Phrasen, denen selbst die Sozialdemokratische Par-  
tei nicht revolutionär genug ist; zu Hause aber, wo es gilt, die  
Gesinnung in Taten umzusetzen und aus ihr die gesell-  
schaftlichen und geschäftlichen Folgen zu ziehen, wird das  
Löwenfell des politischen Rabulistikums mit dem zarten  
Lamspelz des zahmten Spießbürgerturns vertauscht.  
Daß der letztere, nicht das erstere der wahren Natur des Führers  
der badischen „Unabhängigen“ entspricht, das wissen die Eingeweihten  
schon lange. Der vorliegende Fall möge es der Arbeit-  
erschaft unseres Landes aufs neue zeigen, damit sie ihre  
Lehren daraus zieht!

\* Grünwettersbad, 8. Okt. Den hiesigen Abonnenten des  
„Volksfreund“ zur Mitteilung, daß vom 1. Oktober ab Herr Jo-  
hann Mattusch die Filialgeschäfte des Blattes übernommen hat.  
Bestellungen und etwaige Beschwerden wollen an Genannten ge-  
richtet werden.

### Baden.

♣ Bretten, 9. Okt. Fabrikant und Gemeinderat Karl  
Müller, der Ende August gestorben ist, hat zum Andenken  
an seinen im ersten Kriegsjahre in Flandern gefallenen  
Sohn eine Stiftung gemacht, die Dipl.-Ing. Karl Müller-  
Stiftung. Nach dem Tode der Witwe des Stifters soll ein  
Diertel seines jetzigen Vermögens dieser Stiftung zufallen,  
die von der Stadt Bretten verwaltet wird. Aus den Zinsen  
der Stiftung sollen die 8 besten bedürftigen evangelischen  
Bögelinge der hiesigen Schulen alljährlich Geldbeträge er-  
halten.

♣ Liedolsheim, 8. Okt. In der gestern Abend hier ver-  
anstalteten „Vaterländischen Feier“ sprach Herr Schriftleiter  
Dees über Erlebnisse an der Westfront, die er durch eine  
Anzahl wohlgeleitener Lichtbilder wirkungsvoll unterstützte.  
Am Schluß seiner Ausführungen wies er mit überzeugender  
Werkkraft auf die Pflichten und Verantwortlichkeit der Hei-  
matheere hin, was in diesen Tagen besonders in einer recht  
tafkraftigen Mithilfe an der siebenten Kriegsanleihe zum  
Ausdruck kommen müsse. Auch der Leiter der Versammlung,  
Herr Hauptlehrer G e b l e r, sowie Herr Bürgermeister P o l z  
und Herr Pfarrer W e i l e r unterstützten diese Ausführun-  
gen. Die gut besuchte Versammlung dankte dem Redner  
durch herzlichen Beifall. Die hiesige Sammlung für die bad-  
ischen Kriegsgefangenen ergab die schöne Summe von rund  
400 M.

♣ Raibach, 10. Okt. Der frühere langjährige Bürgermeister  
unserer Stadt, Alfred Bräunig, feiert heute seinen 70. Ge-  
burtsstag. Von 1898 bis 1913 stand er an der Spitze des Raibacher  
Gemeindefestens, das ihm viel verdankt. Seiner regen Tätigkeit  
gelang vor allem die stärkere Veranziehung von Industrie; be-  
sondere Sorge wandte er dem Ausbau des städt. Schulwesens zu.  
Nach seinem Rücktritt vom hiesigen Gemeinderat nahm er in Frei-  
burg seinen Wohnsitz.

♣ Baden-Baden, 9. Okt. Nach langem und schwerem Leiden  
ist gestern Abend der Ehrenbürger der Stadt Baden-Baden, Her-  
mann S i e d e n, gestorben. Mit ihm hat die Stadt Baden einen  
ihren besten Bürger verloren, der seine schönsten Auftritte darin sah,  
seinen großen Reichtum gemeinnützig und wohlthätigen Zwecken  
dienlich zu machen. Hermann Sieden war in Hamburg geboren,  
und schon in frühen Jahren nach Amerika ausgewandert, wo er  
es bald dank seinem kaufmännischem Talent, seiner eisernten Ener-

gie und Willenskraft zu bedeutendem Ansehen brachte. Nach Jah-  
ren rastloser Tätigkeit kehrte er nach Deutschland zurück und nahm  
hier seinen Wohnsitz. Sein Name wurde vor allem bekannt durch  
seine großzügigen Stiftungen, so durch die Einmillionenspende,  
welche er der Großherzogin Luise zu ihrem Geburtstag am 8. De-  
zember 1916 zur Verfügung stellte und die der Förderung der  
Kriegsfürsorge gilt, ferner durch die Stiftung eines Wöchnerinnen-  
asyls und der herrlichen an der Doos gelegenen Sommer-Anlage.  
Hunderttausende von Mark erhielt die städtische Kriegshilfskasse  
und unaußzählbar sind alle jene Gaben, die den Armen, den Wohl-  
tätigkeitsanstalten und Vereinen zufließen. Der 70jährige war auch  
ein großer Kinderfreund; davon zeugen die alljährlichen Weih-  
nachtsbescherungen für die Armen. So hat sich Herr Sieden  
in den Herzen vieler durch sein Wohlthun das schönste Denkmal  
geseht. Sein Name wird hier unvergessen bleiben.

oc. Billingen, 10. Okt. In Dauschingen brach in dem  
Haufe des Landwirts Bernhard Laufer Feuer aus, welches  
sich über das ganze Anwesen verbreitete und dieses völlig ein-  
äscherte. Der Viehbestand und die Fahrnisse konnten gerettet  
werden. — Auf dem Bahnhof Schwemningen (Württemberg)  
stieß eine Rangierabteilung auf einen von Billingen kommen-  
den Güterzug. Die Maschine des Güterzugs, sowie 2 Per-  
sonenwagen wurden erheblich beschädigt und der Rangier-  
leiter wurde leicht verletzt.

bc. St. Blasien, 9. Okt. In dem Gebiete vom Hornberg  
bis zum Feldberg und nach St. Blasien und in den Kurorten  
an der Schwarzwaldbahn und in der Paar waren im letzten  
Sommer 1/4 Million Dauergäste und Passanten, die durch  
die Gastwirtschaften und die Hotels versorgt wurden.

W. H. Vörrath, 9. Okt. (Nicht amtlich.) Die Zahl  
der Todesopfer bei dem Unfall auf dem Eisenwerke  
Behrer hat sich bis heute kräftig erhöht. Darunter  
befanden sich drei Familienväter mit zahlreichen Familien-  
mitgliedern. Der Zustand der vier anderen verletzten Per-  
sonen ist hoffnungslos. Man rednet mit ihrem Ableben.

♣ Pfullendorf, 9. Okt. Der reiche Obflegen hat, wie der  
„Freib. Bzt.“ berichtet wird, viele Landwirte bemogen, an  
den jeden Dienstag hier stattfindenden Obstmärkten ihre  
Produkte weit unter den gesetzlich festgelegten Höchstpreisen  
abzusetzen, jedoch auch die minderbemittelte Bevölkerung sich  
ihren Bedarf decken kann.

oc. Singen-Hohentwiel, 9. Okt. In verschiedenen Wä-  
tern wird Klage geführt, daß auf den Bahnhöfen das Obst  
zu sehr hohen Preisen verkauft wird. So beobachtete ein  
Reisender auf der hiesigen Station, wie für eine kleine Birne  
15 bis 20 J verlangt wurden. Abhilfe tut da noch, denn es  
sind doch größtenteils Soldaten, die sich gerade auf der Ur-  
laubsfahrt befinden und die demnach übervorteilt werden.

oc. Mannheim, 9. Okt. In Ludwigshafen hatten sich  
sieben Bauersfrauen aus der Pfalz wegen Milchfälschung zu  
verantworten. Sie erhielten Geldstrafen, die sich zwischen 400  
und 1500 M. bewegten.

bc. Mannheim, 9. Okt. Auf einem Umbau der Eitel-  
werke im Industriebahnhof fiel gestern nachmittag der 57 Jahre  
alte Tagelöhner Johann Ziegler von einer Leiter und brach  
das Genick. Er war auf der Stelle tot.

bc. Heidelberg, 9. Okt. Der 47 Jahre alte Landwirt Fried-  
rich Griesler in Sandshausheim hat sich in seiner Scheuer  
erhängt. Er hinterläßt eine Frau und sieben Kinder.

Zur siebenten Kriegsanleihe zeichnen: 500 000 M der  
Badische Seimadank, 100 000 M der Kreisverband Offen-  
burg, 100 000 M der Kreisverband Baden-Baden, 2 Mil-  
lionen Mark die Bezirksparisse Weinheim, 500 000 M die  
Firma Chr. Simmelshach, Zigarrenfabriken in Seelbach und  
500 000 M die Mechanische Wundweberei in Brennet.

### Berichtszeitung.

bc. Karlsruhe, 9. Okt. Schwurgericht. Der 23 jäh-  
rige Knecht Hermann Kifferle aus Oberderdingen (M. Maul-  
bronn) hat fünf Vierteljahre lang in den Wäldern des

Kraichgau und des Neckartaale gehaust und vom Juli 1916  
bis zum Anfang des April 1917 von seinen „Lagern“, die  
er in diesen Wäldern hatte, Raubzüge in die Dörfer unternom-  
men und dabei sich angeeignet, was ihm in die Hände  
fiel. Im ganzen verübte er über 100 Einbruchdiebstähle,  
durch die er sich Nahrungsmittel verschaffte und andere Ge-  
genstände, die er dann in seinem Versteck verbergte. Er hatte  
die Absicht, sich während der Kriegsdauer in den ihm be-  
kannten Wäldern aufzuhalten und dann mit seinem Raube  
über die Grenze zu fliehen. Wegen der Diebstähle ist Kifferle  
schon in Heidelberg zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.  
Heute stand er wegen Notzuchtverbrechen vor dem Schwur-  
gericht. Zwei Verbrechen hatte Kifferle vollenden können,  
eines im Walde von Langenbrüden, das andere zwischen  
Oberwiesheim und Obenheim; bei drei Verbrechen blieb es  
bei dem Versteck. Diese waren bei Weisstadt, Mersbach und  
Ulftstadt vorgefallen. Unter Einrechnung der Heidelberger  
Strafe wurde Kifferle zu 15 Jahren Zuchthaus und  
10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

### Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 10. Okt.

#### Die Ration der geistigen Schwerarbeiter.

Der Kriegsausschuß für Konsuminteressen hatte sich  
in einer Eingabe an das Kriegsernährungsamt dafür ein-  
geseht, daß auch solche Personen einer Nahrungsmittel-  
lage teilhaft würden, die eine geistig besonders anstrengende  
Tätigkeit ausüben. Diese Eingabe ist jetzt vom Staats-  
sekretär des Kriegsernährungsamts abschlägig beschieden  
worden. Zur Begründung dieses Bescheides wird angeführt,  
daß zurzeit jedermann schwerer arbeiten müsse als in fried-  
lichen Zeiten, und daß eben deshalb derjenige, der schon  
unter normalen Verhältnissen seiner schweren Arbeit wegen  
mehr Nahrung zu sich nahm als der Durchschnittsmensch,  
auch jetzt eine erhöhte Ration erhalten müsse. Der Kreis  
der geistig schwer Arbeitenden sei aber zweifellos nicht un-  
schwer zu umschreiben, sondern er sei sicher auch so groß,  
daß eine erhöhte Belieferung mit Nahrungsmitteln nicht mög-  
lich wäre, ohne daß eine starke Kürzung der allgemeinen  
Grundportion einträte, so daß letzten Endes alles beim  
Alten bliebe.

Man wird diesen Ausführungen, wenn auch bedauernd,  
zustimmen müssen. Lediglich die Höhe der allgemeinen  
Grundportion bis auf weiteres noch immer lediglich durch  
die vorhandenen, greifbaren Lebensmittelvorräte diktiert wer-  
den. Wollte man trotz dieser Sachlage einer Erwerbgruppe  
mehr als bisher geben, so müßte man andere Gruppen dafür  
in ihren Bezügen kürzen. Und davon kann natürlich  
ernstlich gar keine Rede sein.

Na. Beratungsstelle für Kriegserwitwen. Es ist schon  
noch nicht allgemein bekannt, daß die Geschäftsstelle des hie-  
sigen Ortsausschusses des badischen Heimatsamts, Rathaus-  
Pflanz 95, tagungsgemäß dazu bestimmt ist, den Kriegs-  
erwitwen in allen Angelegenheiten ihres täglichen  
Lebens auf Wunsch beratend zur Seite zu stehen. Die Kriegs-  
erwitwen stehen jetzt so vielen Fragen gegenüber, die bei  
ihnen das Leben der Mann für sie erlebte; und nun haben  
sich durch den Tod des Mannes noch viele neue, schwierigere  
Lebensverhältnisse ergeben, in denen sich eine Frau, die bis-  
her mit Geschäft nichts oder wenig zu tun hatte, schwer  
auskennt. Es mag sich um Erbchaftsangelegenheiten und Geltend-  
machung von betrübten Ansprüchen, Auflösung oder Fort-  
führung des Geschäfts, Verkauf eines Hauses, Erziehung und  
Verpflegung der Kinder und noch vieles andere handeln: all-  
Dinge, bei denen es besser ist, sich vorher mit einer Be-  
trauensperson zu besprechen, als in Unkenntnis der Rechte

„Kunst“ bezieht, so trägt er eine andere Art der inneren Erhebung  
und Erbauung mit nach Hause als der katholische Handwerker oder  
der liberale Kaufmann. Alle drei vereint aber das gemeinsame  
Interesse, daß die Aufzucht selber technisch so vollkommen wie  
nur möglich ist. Alle drei können daher auch durch ihre Organi-  
sationen die Möglichkeit eines Zusammenwirkens suchen, um solche  
guten Vorstellungen zu schaffen. Sie haben ferner das gemein-  
same Interesse, daß diese guten Vorstellungen von möglichst vielen  
Menschen geteilt werden, Kollegen oder Gesinnungsgenossen be-  
zogen. Diesen Zweck werden sie gleichfalls durch organisatorische  
Zusammenwirken ihrer Vereinigungen leichter erreichen, als  
wenn sie zusammenhanglos nebeneinander oder gar gegeneinander  
wirken und dem Theaterdirektor drei mehr oder weniger schwache  
organisatorische Fähigkeiten und Erfahrungen.

Aber was hat der Verband, wenn er sich solche mehr nüchtern-  
praktische Ziele setzt, dann noch mit „Kultur“ zu tun? Und was  
für Interesse können dann noch die „Produzenten“, die Dichter, an  
ihm haben?

Wenn es durch Zusammenfassung der Kräfte durch organi-  
satorisches Einwirken auf die Theaterleitungen und  
Stadtverwaltungen, durch Schaffung guter Wander-  
theater für kleine Städte und Dörfer gelingt, gute Vorstellungen  
zu schaffen, und wenn es ferner gelingt, die Massen dafür zu ge-  
winnen, so ist das allerdings eine sehr ernste und wertvolle Arbeit  
für die Pflege des Theaters, aus der der Kultur im allgemeinen  
mannigfache Segensströme zufließen, und die den Bühnengestir-  
ben und den schaffenden dramatischen Dichtern im besonderen  
unmittelbar zugute kommt. Dann kann man es in der weiteren  
Entwicklung der Dinge und der Initiative der einzelnen örtlichen  
Arbeitsgemeinschaften überlassen, ob und inwieweit über dieses  
elementare Programm hinaus noch eine weitergehende Zusammen-  
arbeit positiver Art zugunsten der Förderung der Theaterkultur  
möglich ist.

Ich habe in den ungefähren zehn Jahren unserer zentralorgani-  
sierten Bildungsarbeit immer wieder von neuem den großen Ge-  
genatz zwischen dem starken Theaterbedürfnis der organi-  
sierten Arbeiter und der Schwierigkeit, es zu befriedigen, empfin-  
den müssen. Wir haben mannigfache Versuche gemacht, diesen  
Gegenatz zu überwinden. Sie sind, abgesehen von den glänzenden  
Erfolgen einer Reihe von Bildungsvereinigungen in großen und  
mittleeren Städten, mit günstigen Theaterverhältnissen, zumeist  
gezeitert oder unzulänglich durchgeführt worden. Ich glaube des-  
halb, daß auch unsere Arbeiterbildungsausschüsse aus einem Zu-  
sammenwirken mit anderen Organisationen auf diesem Gebiete  
mannigfache Vorteile ziehen können. Ihrer Weltanschauung dür-

fen sie dabei natürlich nichts verbergen, was um so leichter ist, als  
bei dem rein organisatorischen Zusammenwirken zur Erzielung  
guter Theaterverhältnisse die Weltanschauungsgegenätze so wenig  
eine Rolle spielen, wie bei dem organisatorischen Zusammenwirken  
der gemeinschaftlichen Zentralverbände zur Erzielung günstigerer  
Lohn-, Arbeits- und Ernährungsverhältnisse. Andererseits kom-  
men unsere Bildungsausschüsse bei solchem Zusammenwirken nicht  
mit leeren Händen. Sie bringen die Massen mit und ihre reichen  
organisatorischen Fähigkeiten und Erfahrungen.

Ich glaube deshalb den Bildungsausschüssen, soweit sie jetzt  
während des Krieges noch aktionsfähig sind, und eine Aufforda-  
rung zur Mitarbeit im Verbande zur Förderung deutscher Theater-  
kultur an sie heranzutreten, die tatkräftige Mitarbeit mit  
gutem Gewissen empfehlen zu dürfen.

### Kunst und Wissenschaft.

\* Hans Thoma. Wie die „Kunstschau“ meldet, hat Hans  
Thoma im Laufe dieses Sommers sein künstlerisches Lebenswerk  
nach zwei Seiten hin bedeutungsvoll erweitert: Einmal durch die  
auf Aluminiumplatten gemalte Folge der Siebenwochen-Regenten,  
die in der Art der Wandbilder in Thoma-Museum zu Karlsruhe  
gehalten sind. Weiterhin entstanden in den Tagen der Sommer-  
frische 24 neue Aquarellarbeiten landschaftlicher und figuraler  
Art. Thoma hatte die Entwürfe zu diesen Aquarellen zum Teil  
einem alten Skizzenbuch der jetzigen Jahre entnommen, so daß  
sich höchst reizvoll die frühere Kunstweise des Meisters mit dem  
zur höchsten Einjährigkeit ausgereiften graphischen Stil der Kali-  
nadel vereinigt.

### Theater und Musik.

Grupp. Hoftheater. Von München kommend, wo er als Jago  
in Verdis „Othello“ und als Don Juan aufgetreten war, ist gestern  
Kammersänger Forjell zu einem zweimaligen Gastspiel im  
Karlsruher Hoftheater eingeleitet. Er sang den Fregato in Hoffmanns  
„Barbier“, mit dem er schon im Vorjahre Triumphe auch hier  
erzielt hatte. Nur lang er die Partie diesmal, „damit man auch  
nicht böses denkt“, nicht in italienischer, sondern in der neutralen  
schwedischen Sprache, wogegen der italienische Musik Hofmann  
nicht zuletzt durch die gewandte Stabführung des Herrn Lorenz  
ihre Charaktere gewahrt und — warum nur solche Halbheiten? —  
eine Liebertragung ins neutrale Nordische etwa durch Eschens oder  
Lor Aulin, erpart blieb. Ederg besetzte. Das Publikum, das  
sich auf feinere Unterschiede einstellen kann, kam durch die Dar-  
bietung des Fregato in schwedischer Sprache um den seltenen Ge-

müß, diese Partie einmal wieder im Original zu hören, das  
Forjell meisterlich beherrscht, und von dem die schwedische Sprache  
gerade hierin genau so ununterschiedlich abhört, wie die deutsche. Wenn  
Gast selbst war nun nicht festzustellen, ob er über die geistige  
Geistesfähigkeit und Grazie, die die Fregato-Partie braucht, nur  
in italienischer Darstellung verfügt, ob er vom Münchener Jago  
her noch auf das „Hochdramatische“ eingestellt war oder ob, wie  
das Badische Publikum in eine Frage-Andersposition seinen Ton  
verdiene. Jedenfalls blieb auch so noch genug zu bewundern, nicht  
zuletzt die — im guten und im schlechten Sinne — ganz wertvolle  
Darstellungsgabe, die oft dann gerade rechtzeitig eintritt, wenn  
Gast in der Rolle des Fregato in einen sanften halbitalienischen  
Hineingelangenheit hatte. Gute Leistungen boten Frau v. Ern-  
und Herr Neugebauer, die mit dem neuesten Gast Hürmlich  
gefördert wurden.

Gastspiele an der Ostfront. In der Zeit vom 8. Juli bis  
1. August wurden von der Generaldirektion des Gr. Hoftheaters  
Gastspiele an der Ostfront (Seezgruppe Linnigen) veranstaltet.  
Die künstlerische Leitung hatte Dr. Rolf Koehnke. Daran teil-  
nahmen die Damen: Deman, Dröschler, Friedländer,  
Genter; die Herren: Baumbach, Höder, Müller, Rappin. Geleitet  
wurden Stücke heiteren Charakters: „Jugendfreunde“, „Der Ge-  
senator“ und „Herridofflicher Dienst gesucht“. Außerdem kam  
einmal ein bunter Abend zustande, in dessen erstem Teil kamptisch  
Friedrich tätig war und der mit dem Enakter „Der  
bi“ idios. Geleitet wurde: einmal in Daria, dreimal in Grotto,  
Vitosof, viermal in Komel, einmal in Bruchwiese, zweimal in  
Wersch, zweimal in Wladimir-Wolnosof, zweimal in Choros und  
zweimal in Golum. In mehreren der genannten Orte bestanden  
hauptächlich Soldaten, die unmittelbar von der Front kamen, die  
Vorstellungen. Der ersten Vorstellung in Weis-Litowof, unmittel-  
bar von Beginn der deutschen Offensives, wohnte Prinz  
Leonold von Bayern bei, den beiden Vorstellungen in Golum  
Gellenz von Linnigen. Die Aufnahme der Mitglieder war eine  
außerordentlich herzliche; die ganze Reise äußerst anregend und  
interessant.

### Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zei-  
tschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.  
Die Glucke, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Rappin  
(Verlag für Sozialwissenschaft) G. m. b. H. Berlin SW. 68). Die  
den erschienenen Heft 27 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul  
Lenk, M. d. R.: Der Glaube an Deutschland. Dr. Paul  
Kocher: Was ist aus Irland und Situatoren werden? Dr.  
Kocher: Stichproben aus unserer auswärtigen Politik. Dr.  
Sitzfeld: Der Neuplatoniker. Wilhelm Sillmann: Die  
Ergänzungen zum Landheim. Georg Vesper: Wolkof der  
tere. Heinrich Lerch: Fabrikmädchen. Glosien. — Einzelschriften  
30 Pfg. vierteljährlich 3,50 M. bei allen Buchhandlungen  
Postamt.

und Vor-  
scheidung  
ist, und  
Beratung  
männlich  
schon emp-  
fiehlt  
Frau gen-  
triffen  
Göschter  
geleitet  
bei Ri-  
Rüben u  
beigabe,  
20 v. G.  
für ausgr-  
Zummel  
2,60 M.  
Die  
als Trost-  
also nicht  
sind wie  
sein woll-  
etwas bil-  
Die  
auswärts  
Commerz  
Beratung  
für per  
Haurat  
\* Zu  
Wie von  
Kaufmann  
Löffelamt  
haben, die  
vor das  
Höchstprei-  
wie unstat-  
Löffel-Ge-  
genau den  
die direkt  
lassen, die  
Selbstkosten  
Verteilung  
Kriegs-  
einem Ge-  
die Rede  
an den  
Worts der  
gemein, a  
30 Pfg. für  
geleitet  
Kaufmann  
Löffelamt  
tellen von  
\* Ein-  
verkoren  
Nahrung  
haben er-  
nehmend  
\* Mei-  
aus Angei-  
Kriegs-  
Nahr-  
den 65 Pfg.  
soll Obst-  
den, die do  
Geleitet  
Kriegs-  
angehörige  
S. i. B. II  
\* Alan  
des gefeier-  
40 Uhr  
Kaufmann  
\* Kolo-  
dem „A a  
Sirus u  
Kriegs-  
erzogen-  
erzogen-  
den Sime-  
den Sime-  
in Form ein  
Donner  
R. Thob  
Fettwe  
an die ein  
Margarine  
Heimmar  
Militär  
den befan  
Freit fi  
Die  
wollen  
und können  
Karl  
M  
Sundja  
— 3  
Obige  
in der Zei  
gehört wer  
Karl

und Vorschriften und der tatsächlichen Verhältnisse eine Entscheidung zu treffen, die nachträglich schwer wieder zu ändern ist, und für die man dann oft schwer zahlen muß. In der Beratungsstelle des Heimatsamts, der juristische und kaufmännische Berater zur Seite haben, wird Kriegswitwen täglich zwischen 8-6 Uhr umentgeltliche Auskunft erteilt. Es empfiehlt sich deshalb in allen Fällen, wo eine alleinstehende Frau gern sich aussprechen möchte, bevor sie eine Entscheidung trifft, sich erst einmal dahin um Rat zu wenden.

**Preiserhöhung für Rindfleisch und Fleischwurst.** Die Höchstpreise für Rindfleisch und Fleischwurst sind neu festgelegt worden. Sie dürfen für ein Pfund nicht überschreiten: bei Rindfleisch (Fleisch von Ochsen, Rindern, jungen Kühen und jungen Ferkeln): für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließlich der eingemachten Knochenstücke 90 v. H. des Fleischgewichts nicht überschreiten darf, 1,80 M. für ausgebeinte Stücke ohne Knochenbeigabe, ausgenommen Lammel 2,20 M. für Lammel ohne Knochen (ausgegeben 2,60 M. für Fleischwurst (auch gebunden) 1,80 M. — Die Herrlichkeit mit den herabgesetzten Fleischpreisen, die als Trostpreise für das teure Brot ausgegeben wurden, hat also nicht lange gedauert. Noch ein kleiner Aus und wir sind wieder glücklich so weit wie vordem. Es hat uns auch sein wollen. Wie kann denn in dieser verrückten Zeit einmal etwas billiger werden!

**Die Bad. Stantl. Beamten im Ruhestand,** hiesige und auswärtige, werden zu einer Versammlung auf morgen, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, im hinteren Saal der Alten Brauerei Kammerer, Waldhornstraße 23, eingeladen. Die Versammlung wird sich mit der Frage der Kriegszulage für pensionierte Beamte beschäftigen, über welche Herrrat Neumeister referieren wird. (Siehe Anzeige.)

**Zur Kartoffelversorgung** berichtet das städt. Nachrichtenamt: Wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, sollen sich einzelne Kartoffel-Erzeuger mit dem Hinweis auf den dem städtischen Kartoffelamt festgesetzten Preis von 8 M. für den Zentner geweigert haben, die Kartoffeln zu den bei Lieferung durch den Erzeuger oder das Haus des Verbrauchers vom Ministerium festgesetzten Höchstpreis von 6,80 M. zu liefern. Das ist ebenso unerschwinglich wie unstatthaft. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Kartoffel-Erzeuger, die ihre Ware an den Kommunalverband abgeben, genau den gleichen Erzeugerhöchstpreis erhalten wie die Landwirte, die direkt an die Verbraucher liefern. Der höhere Preis der Kartoffeln, die der Kommunalverband liefert, ist lediglich auf die Selbstkosten zurückzuführen, die dem Kommunalverband durch die Verteilungsarbeit entstehen und nicht überdies auch die Verteilung der Kartoffeln in den Keller des Verbrauchers ein. Von einem Gewinn des Kartoffelamts kann also selbstverständlich nicht die Rede sein. — Wie verlautet, ist die Eingabe des Stadtrats an den Stadtrat am Gewährung einer Niederlegung eines Teils der Lasten aus Reichsmitteln insofern bereits von Erfolg gewesen, als von maßgebender Seite aus eine Niederlegung von 30 Pfg. für den Zentner an den Kommunalverband in Aussicht gestellt wurde. Auf diese Weise wäre es dann dem städtischen Kartoffelamt möglich, den Preis für die bei ihm bestellten Kartoffeln von 8 M. auf 7,50 M. herabzusetzen.

**Eine Hausammlung von Hülsen.** Dem Badischen Landesverein vom Roten Kreuz wurde die Genehmigung zur Veranstaltung einer Hausammlung von Hülsen im Großherzogtum Baden erteilt, deren Erlös für Zwecke der Kriegswitwenfürsorge verwendet werden soll.

**Weinverkauf durch das städtische Nahrungsmittelamt.** Wie aus Anzeigen in den Tageszeitungen zu ersehen ist, sind größere Mengen Apfel zu Obst in Obst verarbeitet worden, der vom städtischen Nahrungsmittelamt zum Verkauf kommt. Der süße Apfel, meist wird in etwa 250 Verteilungsstellen abgegeben. Diese Woche vom 6. Pfg. für das Liter an Jedermann abgegeben. Diese Woche soll Obst auch in größeren Mengen an solche abgegeben werden, die das Getränk einlegen wollen. Der Most wird in der Werkstätte der Firma B. Finckelstein unter Kontrolle des Nahrungsmittelamts hergestellt.

**Fußball.** Die sonntäglichen Verbandsspiele brachten folgende Ergebnisse: F.V. Weierheim spielt mit Erlach gegen F.V. Forstheim 2:2. F.C. Mühlburg gewinnt gegen F.C. Frankonia nach schwerem Zusammenstoß 7:0. Rhön-Allemania brachte von Forstheim gegen Germania Brühlingen, die mit viel Glück die Torverweigerung, einen knappen Sieg von 2:0 mit Concordia gewinnt gegen F.V. II nach hartem Spiel 1:0.

**Klavierabend Bachhaus.** Auf den heutigen Konzertabend des gefeierten Pianisten Wilhelm Bachhaus — Musiksaal 40 Uhr — weisen wir nochmals empfehlend hin. Karten in der Musikalienhandlung Fr. Doert und an der Abendkasse im Musiksaal.

**Kollosum** Die Vorstellung am Freitag, 12. Okt. gilt dem „Nationaltag des deutschen Varietees und Zirkus“ und 7. Kriegsanziehe. Der „Int. Varietee-Zirkus-Verband“ und die „Int. Artisten-Lige“ verbinden mit ihrer Hilfsaktion für die Varietee-Künstler eine vaterländische Tat, indem sämtliche Ertragnisse dieses Nationaltages, der am 12. Okt. in Form einer besonderen Veranstaltung in allen deutschen Varietees, Zirkussen und Kabarets begangen wird, auf die 7. Kriegsanziehe gezeichnet werden. Wer also dieser Veranstaltung beiwohnt, trägt dabei nicht nur seinen Anteil an die Künstler ab, er stärkt auch die Wehrkraft des Vaterlandes, indem er das Ergebnis der 7. Kriegsanziehe steigert. Es ist überflüssig zu betonen, daß die Künstler an dem Ehrenabend ihres Standes teilnehmen werden, um den Besuch der Vorstellung auch nach anderer Richtung hin lohnend zu gestalten.

**Gegen die hohen Kartoffelpreise.**

—1. Was man in den Zeiten aller Möglichkeiten aber doch nicht für möglich hält, es ist eingetreten. Die Stadtverwaltung hat durch Anzeige bekannt gemacht, daß diejenigen Einwohner, welche sich zum Bezuge der Kartoffeln bei ihr eingeschrieben haben, zur Strafe dafür 1,20 M. per Zentner mehr bezahlen müssen, als wenn sie die Kartoffeln vom Erzeuger oder vom Händler bezogen hätten.

Die ganze Stadt fragt sich, wie kommt es, daß die Stadtverwaltung den Höchstpreis um 1,20 M. per Zentner überschreiten darf? Bei dem diesjährigen reichen Kartoffel-Ertrag hält man sich unwillkürlich die Hand vor den Kopf und fragt sich, ob den Stadtrat bei seinem Beschluß des Preises von 8 M. pro Zentner denn alle guten Geister verlassen hätten. Gewiß, der Erzeugerpreis vor 6 M. per Zentner ist um 2 M. zu hoch bei der ausgezeichneten Ernte in diesem Jahre. Aber, es will uns scheinen, als wollte die Stadtverwaltung nun in diesem Jahre das wieder aus den Kartoffeln herausholen, was sie im vorigen Jahre angeblich draufgelegt hat. Wo aber wollte der Kaufmann hinkommen, wenn er hunderttausend Zentner Kartoffeln zu liefern hätte, und für jeden Zentner 1,20 M. Transportkosten rechnen würde?

Die unterzeichneten Vertreter des Gewerkschafts-Kartells und der sozialdemokratischen Bürgerausschussfraktion haben es deshalb für dringend notwendig gehalten, persönlich bei der Stadtverwaltung wegen Herabsetzung des Preises vorstellig zu werden. Leider wurde durch diese Rücksprache eine sofortige Herabsetzung des Kartoffelpreises nicht erwirkt, wohl aber in Aussicht gestellt, daß, sowie das Reich endgültig die Rückvergütung der sogenannten Schnelligkeitsprämie im Betrage von 50 % pro Zentner den Städten zuzugut, der Preis um 50 % herabgesetzt wird.

Diese in Aussicht stehende Ermäßigung des Preises von 50 % pro Zentner ist aber nicht genügend. Gerade die Besitzer der Kartoffeln bei der Stadt setzen sich zum weitestgehenden Teil aus der ärmeren Bevölkerung zusammen. Hier sollte die Stadtverwaltung weitblickend, großzügig sein, und der Bevölkerung die Kartoffeln zu einem Preise liefern, welcher auch noch bezahlt werden kann. Hat denn der Stadtrat sich schon einmal in die Lage eines Arbeiters, eines Kleinen oder mittleren Beamten hineinversetzt, welcher 4 und noch mehr Kinder hat, und nun 100 und noch mehr Mark für Kartoffeln bezahlen soll? Wo sollen denn diese Leute das Geld hernehmen, wo der Lohn oder Gehalt kaum zum sonstigen Lebensunterhalt ausreicht?

Hier muß die Stadt helfend eingreifen, dadurch, daß der Preis der Kartoffeln ein möglichst niedriger ist, damit insbesondere auch die ärmere Bevölkerung sich ihren Kartoffelvorrat für den Winter einlagern kann.

Die unterzeichneten Vertreter des Gewerkschafts-Kartells und der sozialdemokratischen Bürgerausschussfraktion haben deshalb in mündlicher Aussprache der Stadtverwaltung gegenüber die gerechte Stimmung im Volke gegen die hohen Preise zum Ausdruck gebracht, und verlangt, daß derselbe auf 6 M. herabgesetzt wird. Gleichzeitig ist folgende schriftliche Eingabe an den Stadtrat abgegeben:

Die unterzeichneten Vertreter des Gewerkschafts-Kartells Karlsruhe und der sozialdemokratischen Bürgerausschussfraktion erlauben sich an verehrlichen Stadtrat das dringende Ersuchen zu richten, den Preis für die von der Stadtverwaltung an die Bürgererschaft zu liefernden Kartoffeln von 8 auf 6 M. herabzusetzen.

Zur Begründung unseres Antrages erlauben wir uns darauf hinzuweisen, daß unter der Bevölkerung der Stadt Karlsruhe fest Bekanntheit des Preises für die Kartoffeln große Aufregung herrscht. Da der Höchstpreis der Kartoffeln frei Wohnung vom Erzeuger per Bahn oder Achse geliefert 6,80 M. beträgt, wird es in der Bevölkerung nicht verstanden, daß die Besitzer von Kartoffeln bei der Stadt Karlsruhe nun pro Zentner 1,20 M. mehr bezahlen sollen.

Wenn die Transport- und sonstigen Verwaltungskosten für die Stadt so hohe sind, so möge die Stadt die Mehrkosten auf die Stadtkasse übernehmen, zumal hier das hauptsächlichste Nahrungsmittel der ärmeren Bevölkerung für den Winter in Betracht kommt.

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß sich der verehrliche Stadtrat bei der Festsetzung dieses hohen Preises von den in Mannheim und Frankfurt festgesetzten Preisen hat leiten lassen. Wir wissen aber, daß auch in diesen Städten gegen den unerhöht hohen Preis der Kartoffeln bei der diesjährigen ausgezeichneten Ernte Einspruch erhoben wurde.

Wir stellen gleichzeitig den Antrag an verehr. Stadtverwaltung, es wolle versucht werden, die Mehrkosten der Stadt durch das Reich zurückertattet zu erhalten, da die Stadt nicht immer die Fehler der Reichsleitung büßen kann.

Hochachtungsvoll ergebenst  
Gewerkschaftskartell Karlsruhe.  
B. Gaj, 1. Vorsitzender.  
Sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion.  
H. Sauer, Vorsitzender.

**Letzte Nachrichten.  
Neue U-Boot-Erfolge.**

Berlin, 10. Okt. (Amtlich.) Im Armeekanal wurden durch eines unserer U-Boote neuerdings vier tiefbeladene Dampfer versenkt, die alle bewaffnet waren.  
Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

**Schwere Tage für die Schweiz.**  
Berlin, 10. Okt. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Haag erklärte der schweizerische Botschafter Sulzer im Zusammenhang mit dem amerikanischen Ausfuhrverbot, das schweizerische Volk stehe vor einem Mangel an Steinkohlen und Lebensmitteln. Das bedeutet schwere Tage für uns. Hoffentlich wird das schweizerische Volk die Prüfung bestehen.

**Das neue Bureau des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats.**  
Petersburg, 10. Okt. (Petersb. Telegr.-Ag.) Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hat die Neuwahl des Bureaus vorgenommen, das jetzt aus 7 Mitgliedern, nämlich 4 Maximalisten, darunter Trotsky und Kamenew, 2 Sozialrevolutionären, darunter Tschernow, und einer Minimalisten der Sozialisten besteht. Der Maximalist Trotsky wurde zum Vorsitzenden des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats gewählt.

**Ausdehnung der Frauenrechte in Rußland.**  
Berlin, 10. Okt. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Haag berichtet wird, hat nach einer Petersburger Meldung die russische Regierung am 20. September a. St. ein Dekret ausgefertigt über die Ausdehnung der Frauenrechte im Staatsleben.

**Ein neues amerikanisches Marineprogramm.**  
Washington, 10. Okt. (Reuter.) Die Regierung beabsichtigt, 350 Millionen Dollar für den Bau von Torpedojägern auszugeben. Das Bauprogramm soll in 18 Monaten durchgeführt werden.

**Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Koll;** für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Zu den Bekanntmachungen, betreffend Einrichtungsgegenstände Nr. Mc. 1/3, 17, 8, 9, 11, Dachpfeiler und Wäskabeller Nr. M. 200/1, 17, 8, 9, 11, und Destillationsapparate Nr. Mc. 100/2, 17, 8, 9, 11, ist am 2. Oktober 1917 ein Nachtrag Nr. Mc. 1700/8, 17, 8, 9, 11, erschienen.

Die Änderungen gegenüber den bisher gültigen Bekanntmachungen bestehen im wesentlichen in Preiserhöhungen. Für Dachpfeiler, Wäskabeller und Destillationsapparate haben die Preiserhöhungen rückwirkende Kraft. Außerdem wird für Einrichtungsgegenstände ein Zuschlag von 1.— Mark für 1 Kilogramm gewährt, wenn die freiwillige Ablieferung bis zum 31. Oktober 1917 erfolgt.

Mit der Durchführung der Bekanntmachung werden dieselben Kommunalbehörden beauftragt, denen bereits die Durchführung und Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme, Bestandsberichterstattung und Enteignung von Bierglasdeckeln und Bierflugdeckeln aus Binn, übertragen worden ist. Diese erlassen auch die Ausführungsbestimmungen.

Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung, deren Veröffentlichung in der üblichen Weise durch Anschlag und durch Abdruck in den Tageszeitungen erfolgt. Außerdem ist der Wortlaut der Bekanntmachung bei den Bürgermeisterämtern und Polizei-Behörden einzusehen. 1248

**Fett-Verteilung.**

Donnerstag, den 11., Freitag, den 12. und Samstag, den 13. Oktober 1917 wird in den

**Fettverkaufsstellen Nr. 127 bis 236a** einschließlich die eingetragenen Kunden Fett (Butter, Kunstbutterfett, Margarine) abgegeben. Kopfmenge 100 Gramm gegen die Fettmarken C und D Nr. 70.

Der Preis der Butter beträgt M. 2,70 für das Pfund. Milch-, Krankeuzsah- und Besuchsmarken werden in den bekannten Stellen eingelöst.

Zeit für Abrechnung: Samstag, den 20. Oktober 1917. Die Waren müssen innerhalb der Verteilungszeit abgeliefert werden; nach Ablauf derselben sind die Marken verfallen und können nicht mehr eingelöst oder verlängert werden. 1249

Karlsruhe, den 10. Oktober 1917.  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Sundfischen in den städt. Volksschulen.**

Gartenstraßschule, Bismarckstraße 8.  
— 3 Regenschirme, 3 Mützen, 2 Hüte. —  
Obige Sundgegenstände können von ihren Eigentümern in der Zeit vom 11. bis 30. Oktober in der Schule abgeliefert werden.

Karlsruhe, den 9. Oktober 1917. 1246  
Das Volksschulrektorat.

**Gaskoks-Verkauf.**

Die Lieferung von Gaskoks kann nur an Jahresabnehmer erfolgen, welche sich zur Aufnahme in unsere Kundenliste angemeldet haben. Ständige Koksabnehmer, welche der Meldepflicht nicht nachgekommen sind, aber Koks zu beziehen wünschen, können die Eintragung nachträglich beim städt. Kohlenamt, Kaiserstraße 91, erwirken.

Karlsruhe, den 6. Oktober 1917. 1245  
Direktion der städt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitäts-Werke.

**Bekanntmachung.**

Nach § 56 der Straßen- und Polizeiverordnung darf Schutt und Unrat nur an den vom Stadtrat mit Zustimmung des Bezirksamts bestimmten Plätzen abgeladen werden.

- Als solche Plätze sind bestimmt:
- 1) das Gelände südlich der Duracher Allee östlich der Eisenbahnüberführung am Ostende des neuen Wehplatzes,
  - 2) die Dammkühnung auf den Eiswiesen östlich der Etlinger Allee und südlich des Reichsbahnhofes,
  - 3) das Reugrabengelände westlich und nördlich der verlängertenhardt-Straße bei der Telegraphentafel, jedoch nur für Bauschutt ohne organische Beimengungen
  - 4) die Böschungen und die Niederung der sogenannten Höhe südlich der Alb am Nordosteingang Daxlandens.

An allen anderen Stellen der Stadt ist das Abladen von Schutt, Unrat, Abfallgegenständen und dergl. verboten, auch ohne daß auf die Unzulässigkeit durch Aufstellung einer Verbotstafel ausdrücklich hingewiesen wird. In jedem Falle hat der Uebertretende polizeiliches Einschreiten zu gewärtigen.

Karlsruhe, den 28. September 1917. 1263  
Städt. Tiefbauamt:

**Frachtbrieft** in sauberer Ausführung liefert

Buchdruckerei „Volkstreu“

